

Regierung, Gewerkschaften und Patronat verständigen sich auf Konjunkturpaket

Tripartite deutet Ausweg aus der Krise an

Lucien Montebusco

Regierung, Gewerkschaften und Patronat haben sich gestern auf ein Konjunkturpaket verständigt. Die Feinarbeit erfolgt am Freitag im Ministerrat.

Mehr als drei Stunden saßen sich gestern Regierung, Gewerkschafter und Patronatsvertreter im Außenministerium gegenüber. Einzelheiten wollten Premierminister Jean-Claude Juncker und die Vertreter der Sozialpartner jedoch nicht preisgeben. Juncker verwies auf den Ministerrat am Freitag. Dort sollen die Vorschläge von Regierung, Gewerkschaften und Patronat in mehrere Gesetzesentwürfe einfließen.

Man habe sich am Montag die Ideen der Parlamentarier und dann jene der Sozialpartner angehört, sagte Juncker nach der Sitzung. Das alles wolle man am Freitag in eine kohärente Form bringen.

Bekannt ist, dass der Staat sein Investitionsprogramm ausweiten will. Rund 1,7 Milliarden Euro will er für öffentliche Arbeiten in diesem Jahr investieren. Das sind rund 100 Millionen Euro mehr als ursprünglich geplant. Bereits am vergangenen Freitag war ebenfalls bekannt geworden, dass der Lohnersatz bei Kurzarbeit unter bestimmten Bedingungen von derzeit 80 auf 90 Prozent angehoben wird. Mehr werden jene Beschäftigten bekommen, die sich an Weiterbildungskursen beteiligen.

Sowohl die Gewerkschaften als auch der Dachverband der Patronatsorganisationen hatten im Vorfeld der Tripartite-Sitzung ihre Vorschläge unterbreitet. Die „Union des entreprises“ (UEL) kam dabei auf 109 Punkte, die „Chambre des salariés“ auf ein 169 Seiten dickes Dokument. Zum Teil inkompatible Elemente wollte Juncker aus der Lektüre



Die Tripartite bestätigte sich erneut als Kriseninstrument

beider Dokumente herausgelesen haben. Sie würden zu einem späteren Zeitpunkt erörtert. Diese Tripartite-Runde sei die letzte in dieser Legislaturperiode gewesen, so Juncker.

„Keine weiteren Belastungen“

Die Sitzung verlief ohne Zwischenfälle. Es habe keine Streitpunkte gegeben, präzisierte OGB-L-Präsident Jean-Claude Reding. „Es gibt keine Maßnahme, die von Gewerkschaftsseite als negativ einzustufen ist“, sagte er. Das seien vertrauensbildende

Maßnahmen, die auch den Unternehmen helfen würden, über die Runden zu kommen. Er betonte, dass es zu keinen weiteren Belastungen der Beschäftigten kommen werde. Eine mögliche Erhöhung der Solidaritätssteuer sei kein Thema gewesen. Die Regierung habe mit ihrer Investitionspolitik den richtigen Weg beschritten. Sollte die Krise in zwei Jahren nicht bewältigt sein, könnte es wohl Probleme bei den Staatseinnahmen geben. Dann müsste man darüber diskutieren.

LCGB-Präsident Robert Weber zufolge konzentrierte sich die Regierung allzu stark auf die Wirtschaft. Er forderte zusätzliche Beschäftigungsgarantien. Man

brauche radikale Maßnahmen. Auch UEL-Präsident Michel Wurth lobte die Regierungsvorschläge als richtig. Das seien kurzfristige Maßnahmen gegen die Krise. Nicht diskutiert worden sei jedoch die nachlassende Wettbewerbsfähigkeit des Landes und strukturelle Maßnahmen zur Absicherung der öffentlichen Finanzen. Das sei nicht das Ziel dieser Dreierkonferenz gewesen, sagte der Chef des Luxemburger Patronats.

Nach der Ministerratssitzung am Freitag wird sich das Parlament mit einer Flut an Gesetzesprojekten befassen müssen. Den Abgeordneten bleiben noch knapp zwei Monate.